



Staats- und
Universitätsbibliothek
Bremen

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen

DFG Projekt Die Grenzboten

Die Grenzboten

Berlin u.a., 1841 - 1922

Maßgebliches und Unmaßgebliches

urn:nbn:de:gbv:46:1-908

Maßgebliches und Unmaßgebliches

Reichs Spiegel

„Auf abschüssigem Wege“ bewegt sich nach Herrn Eugen Richter die Zollpolitik des Reichs; diese habe auch eine wesentliche Mitschuld am Ausfall der Reichstagswahlen. Den jetzigen Reichskanzler will Herr Richter jedoch exkulpieren, der habe nicht anders gekonnt. Der eigentlich Schuldige ist — Fürst Bismarck und die von ihm im Jahre 1876 eingeleitete Wirtschaftspolitik, durch die er an die Stelle der Selbsthilfe die Staatshilfe gesetzt habe. Von ihm sei der Glaube an die Allmacht des Staats künstlich groß gezogen worden, er habe die Sonderinteressen aufgestachelt, nach allen Richtungen Interessenvertretungen begünstigt. „Die besitzenden Klassen wurden vom Fürsten Bismarck geradezu aufgereizt, Forderungen an den Staat zu stellen, Liebesgaben in der Steuergesetzgebung zu verlangen, Schutzzölle selbst auf die notwendigsten Lebensmittel zu heischen. Im Bunde der Landwirte wurde die Agitation zur Erregung der Unzufriedenheit geradezu organisiert.“

Wenn Herr Richter ab und zu den ersten Reichskanzler gepriesen und — freilich erst an dem Toten — manch gutes Haar gefunden hat, so erachtet er es zur Herstellung des Gleichgewichts oder der Übereinstimmung mit seiner frühern Haltung für notwendig, den Fürsten Bismarck vor der Mit- und Nachwelt gelegentlich wieder schwarz anzustreichen. Er geht, wie wir im vorstehenden gesehen haben, sogar so weit, dem Fürsten Bismarck den Bund der Landwirte auf das Konto zu setzen, obwohl dieser nicht dem ersten, sondern dem zweiten Reichskanzler zu verdanken ist, d. h. aus dem Jahre 1893, drei Jahre nach dem Rücktritt des Fürsten Bismarck, datiert. Der Bund der Landwirte ist ausschließlich ein Produkt der Caprivischen Handelspolitik, die sich ja der warmen Anerkennung und Unterstützung des Abgeordneten Richter erfreute. Somit verdanken wir den Bund der Landwirte, und was uns daran nicht gefällt, zum nicht geringen Teil — Herrn Richter, der es ja auch heute noch liebt, sich auf Caprivische Aussprüche zu berufen. So zum Beispiel erst jüngst wieder auf das Wort: „Je weniger Afrika, desto besser.“ Nirgend hat dieses Diktum größern Beifall gefunden als in England, wo man allerdings der Ansicht ist: „Je weniger Afrika Deutschland hat, desto besser — für Großbritannien.“ Wollte Deutschland heute seine afrikanischen Besitzungen aufgeben, England wäre mit Vergnügen bereit, sie ihm abzunehmen.

Den Umschwung in der Zoll- und Handelspolitik hat doch Fürst Bismarck nicht allein machen können, er hat dazu des Reichstags bedurft, ebenso wie heute Graf Bülow für Zolltarif und Handelsverträge der Reichstagsmehrheit bedarf. In dieser Reichstagsmehrheit spielte in der Zeit von 1878 bis 1890 das Zentrum unter Windthorst's Führung schon eine recht große Rolle. Das Zentrum ist bei verschiedenen Anlässen: der Ablehnung des Tabakmonopols, der Ablehnung eines dritten Direktors im Auswärtigen Amt, der Ablehnung des Septennats im Januar 1888 („keinen Mann und keinen Groschen!“) sehr gern mit Herrn Richter gegangen, der zeitweise direkt als Führer des Zentrums angesehen werden konnte, wie ja auch andererseits vom selbigen Windthorst in bezug auf die Wiederwahl des Abgeordneten Richter in Hagen das historische Diktum vorliegt: „Wir dürfen die Firma nicht erlöschen lassen.“ Also dieses Herrn Richter so befreundete Zentrum hat alle Phasen der Bismarck'schen Zoll- und Wirtschaftspolitik zustande bringen helfen! Der leitende Staatsmann, und wäre er noch zehnmal bedeutender, als es Fürst Bismarck zuweilen sogar nach Ansicht des Herrn Richter war, würde ohne Mitwirkung des Bundesrats, d. h. der Gesamtheit der verbündeten Regierungen einerseits, des Reichstags andererseits, nichts haben zustande bringen können. Ist die Sache also so verwerflich, so trägt der Reichstag, trägt die Herrn Richter so befreundete und so wohlwollende Zentrumsfraktion einen wesentlichen Teil der Schuld; dasselbe Zentrum, ohne das Graf Bülow die so tadelnswerte Zollpolitik auch heute nicht fortsetzen könnte.

Was die sonstigen Behauptungen Richters über die Anstachelung der Begehrlichkeiten der Interessentenkreise durch den Fürsten Bismarck anlangt, so übersieht er vollständig den Anteil, der Kaiser Wilhelm dem Ersten an jener großen Wendung unsrer Wirtschaftspolitik persönlich zufällt. Dem Fürsten Bismarck lag die Tatsache der immer mehr vorschreitenden Auspoberung Deutschlands unter der Herrschaft des Freihandels längst vor Augen. Die von Richter so sehr gerühmte „Selbsthilfe“ fehlte vollständig, aber in seinem Vertrauen zu den Ministern Delbrück und Camphausen, namentlich zu Delbrück, sagte sich Fürst Bismarck von deren System nur langsam los. Das deutsche Getreide blieb unverkäuflich, während russischer Roggen in Danzig, Königsberg und Stettin in gewaltigen Mengen zu Mischungen benützt wurde, die den Preis tief herabdrückten; ungarisches Holz wurde auf deutschen Bahnen zu Ausnahmetarifen durch die deutschen Wälder gefahren, deren Holz unverkäuflich und unverwertbar blieb. Hier waren es nicht die „von Bismarck aufgestachelten Begehrlichkeiten,“ sondern es waren die Staatsforstverwaltungen, die in ihren Berichten erklärten, so könne die Sache nicht weiter gehn. Am Rhein und in Schlessen erschloß ein Hochofen nach dem andern; englisches Eisen kam zu einem Zoll von 50 Pfennigen von Hull nach Königsberg, ebenso hoch belief sich die Fracht, während die Eisenbahnfracht von Oberschlessen nach Ostpreußen 1,50 bis 2 Mark betrug, und dazu sollte noch der letzte Eisenzoll aufgehoben werden. Das war der Tropfen, der das freihändlerische Maß zum Überlaufen brachte. Der persönliche Anteil Kaiser Wilhelms an dieser Wendung geht aus seinem Gasteiner Briefe vom 22. Juli 1876 an Bismarck hervor, worin es nach einem Hinweis auf die offensbare Kalamität in der Eisenindustrie und nach einer pointierten Wendung gegen Delbrück und Camphausen heißt:

„Nun soll aber vom 1. Januar 1877 an der Eisenimport nach Deutschland ganz zollfrei stattfinden, während Frankreich eine Prämie auf seine Eisenausfuhr nach Deutschland einführt! Das sind doch so schlagende Sätze, die nur die Folge haben können, daß unsre Eisenindustrie auch in ihren letzten Resten ruiniert werden muß! Ich verlange keineswegs ein Aufgeben des gepriesenen Freihandelsystems, aber vor Zusammentritt des Reichstags muß ich verlangen, die Frage nochmals zu ventilieren, »ob das Gesetz wegen der zollfreien Einfuhr des Eisens vom Auslande nach Deutschland nicht vorläufig auf ein Jahr verschoben werden muß?« Wenn Sie mit mir übereinstimmen, sehe ich Ihrem Bericht entgegen, was Sie anordnen werden.“

Nicht ohne Einfluß auf die Anschauung des hohen Herrn war eine drastische Zeichnung gewesen, die ihm und dem Kronprinzen bei der Anwesenheit in Schlessen durch den dortigen Oberpräsidenten überreicht worden war. Die Zeichnung veranschaulichte, wie die oberschlesische Eisenindustrie infolge des hermetischen Abschlusses der russischen und der österreichischen Grenze verkümmere und auf dem Wege nach Königsberg durch die Fracht erdrückt werde, während die englischen Dampfer vollbeladen heranschwimmen. Diese Zeichnung hatte damals auf den Kaiser einen tiefen Eindruck gemacht, es war eine lehrreiche Anschauungstafel „des gepriesenen Freihandelsystems.“

Am 20. Juli 1879 schrieb der Kaiser von der Mainau aus:

„... Vor allem aber muß ich Ihnen nun noch nachträglich Glück wünschen zu dem Sieg, den Sie im Reichstag erfochten haben! Zu den vielen Siegen im Äußern tritt nun zu denen im Innern überhaupt noch dieser auf dem Finanz-Gebiet. Sie unternahmen es, in ein Wespen-Nest zu stechen, wobei ich Ihnen aus Überzeugung beitrug, wenn auch mit Bangigkeit, ob der erste Wurf gelingen würde. Ein ähnlicher Umschwung in der öffentlichen Meinung ist wohl selten in so kurzer Zeit errungen worden, und man siehet, Sie trafen den Nagel auf den Kopf, und wenn derselbe auch Etwas beim Einschlagen bröckelte, so ist doch die Majorität von 160 Stimmen ein Triumph, der Ihnen manche schwere Stunde der Vorarbeit und des Kampfes versüßen wird. Das Vaterland wird Sie dafür segnen — wenn auch nicht die Opposition!“

Es ist dankenswert, daß diese Briefe, namentlich der Gasteiner, in dem Briefwechsel Bismarcks mit seinem alten Herrn zur Veröffentlichung gelangt sind. Sie bereichern das historische Bild des fürsorglichen, pflichttreuen Monarchen um einen äußerst wertvollen Zug seiner hohen Gewissenhaftigkeit. Abgesehen von der Bedeutung der Sache selbst, bezeugen sie in hervorragender Weise den bedeutamen Anteil, den der Kaiser auch in seinem hohen Alter an den Regierungsgeschäften nahm.

Was bleibt da von den Anwürfen Richters gegen den toten Reichskanzler übrig? Man muß sich wirklich wundern, daß das historische Urteil dieses in vielen Stücken so klugen Mannes nicht gereifter und nicht geklärt worden ist. Jedoch — niemand kann über seinen Schatten springen, und es gibt gewisse Dinge, zu denen u. a. außer Bismarck auch Heer, Flotte und Kolonien gehören, die den Schatten des Herrn Richter bilden. Über diese kommt er nicht hinüber. Schade! Er hätte bei seinen Gaben dem Reiche sehr viel nützlicher werden können.

Die Zukunftskonkurrenten in Ostasien. Im „Handelsmuseum“ macht ein Deutschrusse darauf aufmerksam, daß die nordamerikanische Union, die schon sprungweise in das russische Gebiet eingedrungen sei und mit dem Bau der transsibirischen Eisenbahnen von Osten heranrücke, der schwerste Konkurrent Rußlands in Ostasien werden würde. Diese Ansicht steht in bemerkenswerter Übereinstimmung mit der Auffassung, die der jetzige russische Kaiser nach der ostasiatischen Reise, die er als Thronfolger unternommen hatte, bei einem Besuch in Berlin bekundet hat. Ihm zu Ehren fand größere Tafel im königlichen Schlosse zu Berlin statt, zu der auch die Minister geladen waren. Nach der Tafel vertiefte sich der Großfürst-Thronfolger in ein längeres Gespräch mit dem damaligen Finanzminister von Miquel über volkswirtschaftliche und Finanzfragen. Der Minister hat sich später mehrfach mit Anerkennung über die Kenntnisse und das Wissen ausgesprochen, das der künftige Beherrscher Rußlands auf diesem Gebiete bekundet habe. Der Großfürst äußerte bei dieser Gelegenheit, die beiden großen künftigen Konkurrenten auf dem Weltmarkt seien nicht, wie man allgemein anzunehmen pflege, Rußland und England, sondern Rußland und Amerika. Rußland und Amerika seien nicht Länder, sondern Weltteile mit allen Klimaten und allen Produkten der verschiedenen Zonen. Zwischen ihnen werde demgemäß dereinst der Kampf um die wirtschaftliche Vorherrschaft in Ostasien entbrennen.

Die Ereignisse scheinen dieser vor einem Jahrzehnt geäußerten Ansicht des jetzigen Zaren durchaus und schnell Recht zu geben. Für uns Deutsche eröffnet sich damit die Perspektive, daß in jenem großen Riesenwettkampf der Zukunft nicht mehr Länder und Reiche, sondern nur noch Weltteile mitzusprechen haben werden, d. h. Staatengebilde, die über die Produkte aller Zonen und Klimate verfügen. In diesem Sinne ist auch die britische „Reichsidee“ zu verstehen, die die Gesamtproduktion Großbritanniens und aller seiner Kolonien in allen Weltteilen einem großen Gedanken unterordnen und dienstbar machen will. Frankreich hat dieselben Wege eingeschlagen und nimmt, was auf der Welt noch irgend zu nehmen ist. Augenblicklich verschlingt es Siam, das einstmals bereit war, seine Arme Deutschland zu öffnen, und Marokko wird dereinst der Preis eines englisch-französischen Bündnisses sein. Dem „größern Deutschland“ ergeht es dabei wie dem Poeten bei der Verteilung der Erde. Die Welt ist weggegeben, aber es steht uns frei, in dem Himmel der Wissenschaft und der Forschung — für andre zu leben und den Reichstag zu loben. *§*

Der Vizekönig von Indien im Persischen Meerbusen. Lord Curzon der nun schon seit einer langen Reihe von Jahren Stellvertreter der englischen Krone im Kaiserreich Indien ist, gilt in seinem Vaterlande als einer der gründlichsten Kenner aller Indien betreffenden politischen Angelegenheiten. Er hat sich mit seiner ganzen Autorität gegen jene Clique englisch-russischer Politiker (Lord

Blennerhassett, Mr. Maxse, Tatitschschew usw.) gewandt, die den Engländern rieten, Persien freundschaftlich den Russen zu überlassen, weil sie dann an Stelle eines für Indien bedrohlichen Nachbarn einen zufriednen und angenehmen gewinnen würden. Rußland wünsche in Wahrheit nichts als einen Zugang zu dem warmen Südmeere. Diesen werde es sich als Freund oder als Feind Englands verschaffen; er sei ihm eine Lebensfrage, und England habe weder ein Recht noch ein Interesse, ihn ihm zu verweigern. Nur Deutschland (der schwarze Mann, der immer erscheint, wenn jemand, ganz besonders wenn England bange gemacht werden soll) sei der eigentliche Intrigant gegen das Erscheinen Rußlands am Persischen Golf und wolle dieses durch die Bagdadbahn verhindern. Die öffentliche Meinung Englands kann viel vertragen, wenn man ihr Deutschland als Popanz vorhält; es fielen darum nicht bloß die *National Review*, die *Saturday Review* und einige ähnliche Organe, sondern auch Tageszeitungen ersten Ranges auf den Gedanken hinein. Eine Verhandlung im Unterhause zeigte dann, daß niemand folgen wollte, denn inzwischen war es klar geworden, daß Lord Curzon den Plan aufs bitterste verurteilte.

Er ist vielmehr der Mann, der seinem Vaterlande mit allem erdenklichen Nachdruck rät, wegen Persiens nicht die Flinte ins Korn zu werfen und nicht vor den Russen die Segel zu streichen, sondern die gemachten Fehler offen einzugestehen und alles aufzubieten, womöglich Englands alten Einfluß in Persien wiederherzustellen, auf alle Fälle aber zu retten, was noch zu retten sei. Und es sei noch sehr viel gegen die russischen Maßregeln zu schützen. Als der Vizekönig seine Meinung zu erkennen gegeben hatte, folgte ihm sichtlich die öffentliche Meinung Englands. Jedes Mittel zur Behauptung der Stellung Englands wurde gutgeheißen, die anglo-russische Clique wurde still und suchte sich in Vergessenheit zu bringen.

Die Reise des Vizekönigs mit dem Kriegsschiff *Hardinge* nach dem Persischen Meerbusen ist eine ausgesprochne Demonstration nicht nur für sein politisches Programm, sondern auch für den englischen Anspruch, das Gewässer des Golfes und sein ganzes arabisches Ufer zu beherrschen. Einen eigentlichen Hoheitsanspruch hat England innerhalb des Golfes nur auf die Bahrein-Inseln, die in einer Bucht auf arabischer Seite liegen, wo die Herrschaft des Sultans von Maskat endigt, geltend gemacht; sie stehn im amtlichen Verzeichnis der Kolonialbesitzungen Englands. Übrigens sind sie nur 600 Quadratkilometer groß. Ihre auf 68 000 Menschen angegebne Bevölkerung lebt ganz und gar von der Perlenfischerei, die hier sehr ertragreich ist. Eine strategische Bedeutung können sie nur als Kohlenstation gewinnen.

Der Anspruch Englands geht aber weiter und ist mit Erfolg durchgeführt worden. Zunächst hat es sich darauf berufen, daß das Sultanat von Maskat (Oman) seit Generationen von ihm Subsidien beziehe, womit Englands Oberhoheit aufgestellt und anerkannt sei. Das wäre also ein ähnliches Verhältnis wie zu Afghanistan, dessen Emir gleichfalls hohe Jahrgelder erhält und keine Vertreter fremder Regierungen empfangen, ebensowenig einen Gesandten in Simla oder London unterhalten darf, das jedoch nicht zu den englischen Besitzungen gezählt wird. Vor einigen Jahren hatte der Sultan von Maskat Frankreich eine Kohlenstation eingeräumt. England sandte sofort ein Kriegsschiff nach Maskat und befahl dem Sultan, die Erlaubnis in zwei Stunden zurückzuziehen, widrigenfalls seine übrigen zur Verteidigung ganz ungeeignete Stadt bombardiert werde. Der Sultan fügte sich, und auch Frankreich nahm die Demütigung — es war nach Taschoba — schweigend hin. Als Lord Curzon jetzt in der schmalen Fahrtrinne, die den Zugang zu Maskat bildet, Anker warf, kam der Sultan wie ein abhängiger Fürst an Bord des Kriegsschiffes, das den Vertreter seines Suzeräns gebracht hatte. Es herrschte eitel Freude und Einverständnis.

An Oman schließt sich nordwestwärts die arabische Küste El Hasa oder El Hasr, ein sehr trocknes, heißes Flachland, dessen unterseitsche Fortsetzung sich so weit ins

Meer hinaus erstreckt, daß kaum Landungsgelegenheit gegeben ist. An seinem Nordende liegt jedoch das wichtige Roweit oder Ruet, das als Endpunkt für die Bagdadbahn in Aussicht genommen war, weil die Häfen des türkischen Wilajets Basra (Südmesopotamien) zu flach sind. Die Türkei wollte bekanntlich alte Hoheitsrechte hier wieder geltend machen, wurde aber durch England, das keine Truppenausstattungen dulden wollte, daran gehindert. England beansprucht auch hier Oberhoheit, und es ist niemand da, der dagegen wirksame Einsprache erhöbe.

Die Hauptstütze des englischen Anspruchs liegt in der Tatsache, daß es ein Jahrhundert lang hier Seepolizei geübt, den Sklavenhandel wie den Seeraub unterdrückt, den Frieden der kleinen Ufervölker aufrecht erhalten und für Seezeichen und Leuchttürme gesorgt hat. Die Autorität der Pforte über Arabien ist allerdings überall nur ganz nominell gewesen, auch am Roten Meere bringt sie nicht ins Innere. Mekka und Medina sind tatsächlich Freistaaten unter Priesterherrschaft.

Auf der persischen Seite hat England gelegentlich Punkte besetzt, jedoch immer nur ganz vorübergehend. Auch jetzt erhebt es hier sowenig Ansprüche wie in dem anerkannt türkischen Wilajet Basra, der Mündung des Schatt el Arab. In den Berichten über Lord Curzons Reise wird betont, daß persische Häfen zwar besucht worden sind, jedoch nur um dem Vizekönig Gelegenheit zu geben, dem Souverän, dessen Besitzungen für viele hundert Meilen an Britisch-Indien grenzen, einen Akt der Höflichkeit zu erweisen.

In der Tat, an irgend welche Ansprüche auf irgend einen Teil Persiens denkt England nicht; es will dort nur den Russen ein Paroli bieten. Deren Fortschritte spürt England handgreiflich an dem Rückgang seiner Ausfuhr nach Persien, die indische inbegriffen, während die russische in großem Aufschwung begriffen ist. Rußland hat es fertig gebracht, in diesem Frieden den Schah von sich abhängig zu machen. Es hat ihn gedrängt, den alten schlechten Saumpfad über das Elbursgebirge, das sich zwischen die Landeshauptstadt Teheran und das Kaspiische Meer schiebt, durch eine moderne Kunststraße zu ersetzen. Seitdem kommen russische Waren in großer Menge von Batumi mit Dampfschiffen nach dem persischen Hafen Enseli-Meschet, von wo sie auf der neuen Straße nach Teheran gelangen. Es wird nicht lange dauern, so wird eine Eisenbahn diesen Verkehr übernehmen, und dann wird auch in Enseli ein Wellenbrecher nebst Landungskai gebaut werden. Dann werden russische Waren noch wohlfeiler nach Teheran kommen können. Schon jetzt hat sich in Petroleum, Zucker, groben Baumwollstoffen, Papier, Dichten, mancherlei Metallwaren usw. ein lebhafter Handel entwickelt. Ebenso ist es im Nordosten des Landes gegangen. Dort läuft Rußlands transkaspische Eisenbahn an der Nordgrenze des Landes entlang; und von Askabad aus geht eine auf Rußlands Andringen hergestellte Kunststraße nach Mesched, der Hauptstadt Khorassans. Wo früher englische und indische Waren die Alleinherrschaft hatten, da sind sie schon jetzt durch russische in den zweiten Rang hinabgedrückt. Und die unausbleibliche Eisenbahn wird diesen Umschwung vervollständigen.

Die bekannte finanzielle Hilfe, die Rußland dem Schah erwiesen hat, ist die Veranlassung gewesen, daß England als Bankier in Persien ausgespielt hat. Diesem Schachzug hat Rußland im letzten Jahre einen zweiten hinzugefügt, nämlich den Abschluß eines Handelsvertrags mit Persien, kraft dessen gerade die Waren, die Rußland liefert, sehr niedrigen Zöllen unterworfen werden. Diesen Schlag hat England noch nicht auszugleichen vermocht.

Was England unternommen hat, ist zunächst die Eisenbahn von Quetta nach Ruschki an der Südgrenze Afghanistans entlang. Diese Bahn führt über eine einsame Hochebene von großer Sonnenwärme und winterlichen Schneestürmen. Sie hat aber doch schon einen lebhaften Handel hervorgerufen und wird noch viel mehr leisten, wenn sie bis nach Seistan, einem wohlbewässerten Tieflande an der afghanisch-persischen Grenze, weitergeführt ist, was entweder schon im Gange ist oder nahe bevorsteht. Rußland möchte Seistan von Mesched her erreichen, doch scheint England

ihm hier sicher den Rang abzulassen. Daher erklärt sich der Zorn der russischen Presse, als der Bahnbau, der sich doch ganz auf englischem Territorium hält, begann. Von Erfolg konnte der Zeitungsprotest natürlich nicht sein.

England hat einen günstigen Zeitpunkt getroffen, diese Angelegenheit zu verfolgen. Rußland ist im fernen Osten engagiert und kann nicht gut ein zweites Eisen in Persien ins Feuer stecken. Es gibt sogar Leute, die der Ansicht sind, England habe gar nicht die Absicht, die ostasiatische Verwicklung zu einer Entscheidung zu benutzen, sondern von dort aus Rußland Persien, Afghanistan und Indien gegenüber in Schach zu halten.

Zu dem Thema der Soldatenmißhandlungen. Schon die ersten Tage der neuen Reichstagsession haben gezeigt, daß wie vorausszusehen war, militärische Angelegenheiten und Vorkommnisse reichen Stoff zu Debatten bieten werden. Den bis jetzt schon gehaltenen Reden werden bei den einzelnen Positionen noch viele andre folgen, da besonders die sozialdemokratische Partei die Gelegenheit nicht vorübergehen lassen wird, auf diese Weise gegen die Armee und namentlich gegen das Offizierkorps zu agitieren. Wegen dieser öfters wiederkehrenden Verhandlungen und Redekämpfe sei es einem alten Soldaten, der dreißig Jahre der Armee angehört hat, erlaubt, an dieser Stelle über das im Vordergrund stehende Thema der „Soldatenmißhandlungen“ seine Ansichten auszusprechen, die durch vieljährige Erfahrungen begründet und berechtigt sein dürften.

Daß die planmäßigen Mißhandlungen, wie sie leider öfters zutage getreten sind, in der allerstärksten Weise verurteilt und mit den strengsten Strafen belegt werden müssen, versteht sich von selbst, und alle Kommandostellen, alle Militärgerichte handeln hiernach. In einer Hinsicht wird aber, meiner Meinung nach, vielfach zu weit gegangen: man bezeichnet oft als Mißhandlung, was durchaus keine ist, und was weder vom Vorgesetzten noch vom Untergebenen als solche betrachtet und empfunden wird — es sei denn, man habe schon vor dem Eintritt zum Militärdienst die jungen Leute aufgestachelt, jedes kräftige oder scharfe Wort als „Beleidigung“, jede Berührung ihrer Person als „Mißhandlung“ anzusehen. Solche Klagen erklingen dann im Reichstag oder in den Spalten des Vorwärts und machen im Lande Eindruck, aber sie entsprechen in keiner Weise dem wirklichen Leben und dem praktischen Militärdienst. Herr Bebel oder einer seiner verehrten Genossen sollten nur erst einmal eine Rekrutenabteilung ausbilden, und dann wollten wir sie fragen, wie oft sie die Geduld verloren haben, wie oft ihnen ein Schimpfwort oder ein Fluch entfahren ist, wie oft sie einen dummen oder faulen Rekruten angefaßt haben, um ihm den erteilten Befehl verständlich zu machen. Wir, die wir seit einer Reihe von Jahren verabschiedet sind, haben es gar nicht für möglich gehalten, daß man heutzutage dem Vorgesetzten jedes Schimpfwort und jede Hilfeleistung verbieten wolle; aber nach dem, was wir in der letzten Zeit gehört und gelesen haben, scheint es wirklich so zu sein. Es hat sich ja in der letzten kriegsgerichtlichen Verhandlung über den Unteroffizier Breidenbach der Leutnant von Hellermann förmlich gegen den Vorwurf verteidigen müssen, daß er bei der Ausbildung der Rekruten die Leute ab und zu angefaßt habe! Da hört eigentlich alles auf! Wie soll zum Beispiel einem Rekruten das Reiten oder das Turnen beigebracht werden, wenn es dem Lehrer verboten ist, den Mann dabei anzufassen? Der junge Mann müßte dankbar sein, wenn ihm in dieser Weise geholfen wird; auch im Zivilverhältnisse wird kein Reit- und kein Turnlehrer ohne solche Hilfen auskommen können. Man wird uns hierauf vielleicht erwidern, daß es keinem Soldaten einfallen werde, sich über solche Hilfen zu beschweren, im Falle Hellermann scheint es aber doch geschehen zu sein. Ebenso scheint mit den sogenannten Beleidigungen ein arger Unfug getrieben zu werden. Welchem jungen Mann in irgend einem bürgerlichen Berufe wird es als eine Sühne erheischende Beleidigung erscheinen, wenn ihn sein Dienstherr einmal bei einer Dummheit oder Nachlässig-

keit im überwallenden Ärger einen „Esel“ nennt! Im Militärdienst aber, wo es sich nicht um ein oder zwei zu erziehende junge Leute handelt, sondern um starke, aus den verschiedensten Gesellschaften zusammengesetzte Rekrutenabteilungen, da soll ein in der Hitze des Gefechts fallendes Kraftwort als Beleidigung gelten, die nicht nur eine Beschwerde zuläßt, sondern sogar erheischt! Jede planmäßig fortgesetzte Mißhandlung von Soldaten, wie sie, leider Gottes, mehrfach vorgekommen ist, soll selbstverständlich mit der äußersten Strenge bestraft werden, und die direkten Vorgesetzten, namentlich der Kompanie- oder der Eskadronchef, sollen unbedingt dafür zur Verantwortung gezogen werden. Kein Mittel soll unbenuzt bleiben, solche Roheiten aus der Armee zu verbannen, und wenn der Kriegsminister sagt: „Ich bin überzeugt, daß wir diese Mißhandlungen aus der Armee herausbekommen werden und müssen,“ so kann man überzeugt sein, daß es an dem nötigen Ernste hierzu nicht fehlen wird; aber man soll einen großen Unterschied machen zwischen Mißhandlung und einer in der Erregung einmal vorgekommenen „nicht vorschriftmäßigen Behandlung.“

Desgleichen müssen wir uns gegen die auch von hoher militärischer Seite verlangte Ausdehnung des Beschwerderechts zur Beschwerdepflicht wenden. Der Soldat muß und soll das Recht der Beschwerde haben, wenn er fortgesetzten planmäßigen Mißhandlungen — zu denen wir auch wiederholte ungerechtfertigte Beschimpfungen rechnen — ausgesetzt ist; er muß aber wissen, daß sich jede unberechtigte Beschwerde gegen ihn selbst kehrt. Es darf unter keiner Bedingung dahin kommen, daß dem Soldaten, überhaupt dem Untergebenen, die Kritik über seinen Vorgesetzten zusteht, und daß demnach dieser jenem mehr oder weniger auf Gnade oder Ungnade überliefert ist, denn das wäre der Untergang jeder Disziplin. Man denke sich einmal die Lage des Rekrutenunteroffiziers oder des die Aufsicht führenden Offiziers, wenn sie jeden Abend vor der Frage stünden: Wird sich wohl heute ein Rekrut über dich beschweren? Hast du nicht vielleicht, als du dem N. N. das Gewehr richtig auf die Schulter legtest, zu fest zugegriffen? usw. Man muß nur berücksichtigen, daß wenn auch die Beschwerde vielleicht ergebnislos verläuft, es dennoch einen Makel auf den Unteroffizier wirft — wenigstens in vieler Augen —, wenn es heißt, daß er wegen Soldatenmißhandlung in Untersuchung gewesen sei.

Wir können nicht umhin, bei der Behandlung dieser Verhältnisse unsere feste Überzeugung auszusprechen, daß all diese sittliche Empörung gegen „unvorschriftmäßige Behandlung der Soldaten“ — wir sprechen nicht von den scheußlichen planmäßigen Mißhandlungen —, der man in sozialdemokratischen und in freisinnig-demokratischen Blättern begegnet, und der auf der Tribüne des Reichstags Ausdruck gegeben wird, zum großen Teil ihren Grund in der Feindschaft gegen das feste Gefüge der stehenden Armee, gegen die Disziplin, gegen das Subordinationsverhältnis findet, und daß namentlich die sozialdemokratische Partei die Besprechung dieser Ausschreitungen als ein vorzügliches Mittel zur Agitation und zur Untergrabung der militärischen Disziplin betrachtet. Wäre das nicht der Fall, sondern wären es nur edle Motive, die hier maßgebend wären, so würden der Partei doch noch andre Verhältnisse denselben oder noch stärkeren Anlaß zur Kritik bieten. Wir verweisen nur auf die Schule. Warum wird von den Sozialdemokraten nicht ebenso energisch gegen die körperliche Züchtigung und gegen Mißhandlungen in der Schule Front gemacht? Das Schulkind, das vom sechsten bis zum vierzehnten Lebensjahre dem Lehrer überlassen ist — weit verteidigungsloser als der Soldat dem Vorgesetzten gegenüber —, und das nicht nur körperlich sondern auch moralisch, lebenslänglichen Schaden durch falsche, rohe Behandlung leidet oder leiden kann, das bedürfte des Schutzes weit mehr als der junge, gesunde, kräftige Mann, dem zudem die Möglichkeit der Beschwerdeführung viel näher liegt als dem Kinde. Wir wissen sehr wohl, daß unser Lehrerstand so hoch steht und so gewissenhaft ist, daß rohe oder gar grausame Behandlung der Kinder zu den größten Ausnahmen

gehört, aber Ausnahmen sind die Soldatenmißhandlungen auch. In beiden Fällen kommen Roheiten eben vor, nur mit dem Unterschiede, daß es sich beim Kinde auch um die Seele, nicht nur um den Körper handelt. Noch ganz kürzlich haben wir aus Elberfeld gelesen, daß ein Realschuloberlehrer und Professor wegen fortgesetzter planmäßiger Mißhandlung eines Quintaners (!), der infolgedessen unter Dualen gestorben ist, zu einer sechsmonatigen Gefängnisstrafe verurteilt worden ist. Es wurde ausdrücklich bemerkt, daß es seine Gewohnheit gewesen sei, die Kinder in dieser Weise zu mißhandeln. Ist das nicht geradezu haarsträubend? Ist das nicht tausendmal schlimmer und verwerflicher als die schlechte Behandlung eines Rekruten? Wir entsinnen uns aber nicht, in einem sozialdemokratischen oder freisinnigen Blatte einen Ruf der Empörung gelesen zu haben, und wir glauben nicht, daß Bebel im Reichstage den Kultusminister hierüber interpellieren und eine Abänderung unsrer Schulgesetzgebung verlangen wird.

w.

Zum Deutschen Wörterbuch der Brüder Grimm. Wir erhalten folgende Zuschrift: Der fein gegliederten und eindringenden Darstellung im ersten Dezemberheft der Grenzboten ließe sich kaum noch etwas beifügen. Sie ist so abgerundet und so überzeugend, daß man auf ihren vollen Erfolg bauen möchte, um so mehr, als in den leitenden Kreisen, wie es scheint, der Wille herrscht, durch alle Hindernisse durchzugreifen.

Persönlich darf ich wohl ein Wort zur Erklärung der Sachlage anmerken, die mich augenblicklich an der freien Entfaltung meiner Arbeitskraft hindert. Nach wie vor halte ich die Stellung des akademischen Lehrers, wie ich sie in Heidelberg inne hatte, für die glücklichste Vorbedingung erfolgreicher Arbeit am Wörterbuche. Mir aber war es nicht länger möglich, die Opfer zu bringen, die dazu nötig waren, diese Stellung zu behaupten, und auch die langjährigen Bemühungen der für das Wörterbuch zuständigen Kreise haben zu anderweitigem Ersatz nicht geführt. Darum mußte ich die Möglichkeit, meine Kräfte — wenn auch in anderm Rahmen — nutzbar zu verwerten, mit aufrichtigem Danke begrüßen.

Berlin, Dezember 1903

Hermann Wunderlich

Herausgegeben von Johannes Grunow in Leipzig

Verlag von Fr. Wih. Grunow in Leipzig — Druck von Karl Marquart in Leipzig

